

SPD Sozialdemokratischer PRESSEDIENST

Redaktion: Braunschweig
Schließfach 399
Fernsprecher Nr. 2367

Nr. 29

Hannover, den 18. Oktober 1946
Georgstrasse 33.

Sagen, was ist.

P.R. Auf alliierter Seite vermisst man häufig das wahre deutsche Gefühl der Demokratie und viele Deutsche vermessen ihrerseits das überzeugende alliierte Beispiel für wahre Demokratie. Aus diesem Zwiespalt hat sich eine psychologische Situation ergeben, die als Grundlage für einen Ausgleich der überkommenen Feindseligkeit denkbar ungeeignet ist.

In der englischen Öffentlichkeit befasst man sich zur Zeit sehr gründlich mit den Erscheinungen dieser verschärften Disharmonie. Auf der Suche nach den Ursachen ist der praktische Sinn der Engländer nicht bei geistvollen Begriffsbestimmungen und Deduktionen stehen geblieben, sondern in grosser Offenheit zu den praktischen Dingen vorgestossen, die zu dieser Entwicklung geführt haben. Es erscheint deshalb angebracht, auf einige Widersprüche hinzuweisen, in deren Netz heute die alliierten Bemühungen um ein besseres Verhältnis zur deutschen Bevölkerung gleichermassen gefangen sind wie die guten Absichten der deutschen Stellen, die zur Pionierarbeit bei der Verständigung mit den Besatzungsmächten berufen sind. In erster Linie sind das führende Politiker, die in öffentlichen Reden zu den Grundsatz- und Tagesfragen Stellung nehmen, sind das die Rundfunksender, die Zeitungen und das politische Schrifttum schlechthin.

Man sollte sich heute daran erinnern, dass nichts so sehr den Kredit der entsprechenden Einrichtungen in der nazistischen Zeit untergrub, wie ihre eifrige Sorgfalt, unangenehmen Themen entweder ganz aus dem Wege zu gehen, sie lückenhaft oder in einer Form zu behandeln, die den zugrundeliegenden Tatbestand direkt

fälschte. Schliesslich führte das dazu, dass man j e d e r Zeile Misstrauen entgegenbrachte und der ganze riesige Apparat des Herrn Dr. Goebbels lief schliesslich leer. Natürlich war diese Methode besonders gefährlich und töricht in solchen Fragen, die zu beurteilen breiteste Schichten der Bevölkerung aus eigener Anschauung ausgiebig Gelegenheit hätten. Der bekannte englische Publizist Sefton Delmer ist nun neulich sozusagen inkognito durch Deutschland gereist, er hat dabei viele interessante Beobachtungen gemacht, über die er ausführlich berichtet hat und dabei trifft er auch die vielleicht etwas überspitzte Feststellung, der Durchschnittsdeutsche mache heute nur einen ganz geringen Unterschied zwischen den seinerzeit von Dr. Goebbels und den heute von der Militärregierung kontrollierten Zeitungen, zumindest mache er diesen Unterschied nicht, was das Mass ihrer Unfreiheit anlangt.

Auf den Durchschnittsdeutschen aber kommt es heute an, auf die Meinung des überwiegenden Teiles der deutschen Bevölkerung, die nach demokratischen Regeln ja ihr politisches Schicksal selbst bestimmen soll und damit schon begonnen hat. Die deutsche Presse z. B. kann gewiss immer wieder darauf hinweisen, dass es widersinnig wäre, in einem von Truppen der ehemaligen Gegner besetzten Lande uneingeschränkte Meinungsfreiheit vorauszusetzen. Das Verbot von Angriffen gegen die Besatzungsmacht ist in solcher Situation ebenso selbstverständlich wie das Verbot, bewusst die Alliierten gegeneinander auszuspielen, wobei freilich schon diese Bestimmung infolge ihrer Auslegungsfähigkeit ein besonderes Mass politischen Verantwortungsbewusstseins und Fingerspitzengefühls voraussetzt. Andererseits berühren sich die elementaren Fragen des deutschen Lebensinteresses häufig genug eng mit einschränkenden Notwendigkeiten der erwähnten Art, die wohl dem, der in der politischen Tagesarbeit steht, durchaus begreiflich erscheinen, aber nicht dem "Durchschnittsdeutschen", um Delmers Wort hier zu gebrauchen. Das deutsche Volk hat in seiner überwältigenden Mehrheit begriffen, dass es Krieg, Niederlage und Not dem Nationalsozialismus zu verdanken hat. Diese Überzeugung wird aber in dem Augenblick wieder gefährdet, in dem man die Vergangenheit für Fehler verantwortlich machen wollte, von denen der einfachste Mann sieht, dass sie in der Gegenwart liegen.

So werden z. B. Meldungen veröffentlicht, wonach massgebende Staatsmänner der westlichen Alliierten sich nach wie vor an die Atlantikcharta gebunden erachten und es werden gleichzeitig Nachrichten über Vorgänge

verbreitet, die dem wiederholt zitierten einfachen Mann nun einmal als flagrante Verletzung wichtiger Grundsätze dieser Erklärung (etwa der Selbstbestimmung) erscheinen müssen. Auch der offenkundige Widerspruch zwischen den verschiedenen Auffassungen über Wesen, Form und Inhalt der Demokratie innerhalb der Alliierten, das heißt, die Tatsache, daß derselbe Begriff eben der der Demokratie in ganz verschiedener, oft entgegengesetzter Bedeutung benutzt wird, gehört hierher. Weiter werden nach unserer Auffassung mit vollem Recht, imperialistische und militaristische Tendenzen aufs schärfste verurteilt, ohne das man immer den Eindruck vermeiden kann, daß wesentliche Elemente dieser Prinzipien die Politik der Großmächte zueinander auch weiterhin in hohem Maße bestimmen, wenn nicht beherrschen. Mit dem "quod licet Jovi, no licet bovi-Argument", also dem Hinweis, daß, was dem lieben Gott erlaubt ist, noch lange nicht jedem Rindvieh zusteht, nur sehr schwer eine wirklich überzeugende Wirkung zu erreichen. Und wie in diesen großen politischen Fragen, so ergeben sich noch weit mehr Unebenheiten und Widersprüche in den täglichen Vorkommnissen, so wenn die verkündete Absicht der Alliierten, den deutschen Wiederaufbau zu fördern, immer wieder in Gegensatz zu Tatsachen gerät, etwa der Demontage, die heute einen Teil der Bevölkerung zu der Vermutung oder doch Behauptung veranlassen, "man will uns langsam verhungern und verkommen lassen" - gewiß eine Absurdität, wenn man bedenkt, daß wir gegenwärtig überhaupt nur durch die Hilfe der Besatzungsmächte leben.

Es ist bedauerlich, daß nicht diese Tatsache zu einer wesentlichen Richtschnur für die innere Einstellung der deutschen Bevölkerung gegenüber den Besatzungsmächten geworden ist. Es wäre aber ungerecht, die Schuld daran den deutschen Stellen zuzumessen, die in erster Linie an der Bildung der öffentlichen Meinung in Deutschland beteiligt sind. Wenn diese Stellen heute zu wenig Gewicht haben, so liegt das nicht zuletzt an den zahlreichen Einschränkungen, denen sie unterworfen sind. Sollen sie an der wachsenden Bedeutung für die Entwicklung einer aufrechten und echten demokratischen Gesinnung in Deutschland bekommen, so müssen sie die Möglichkeit haben, zu sagen, was ist und zwar mit rückhaltloser Offenheit. Die Methode, Themen zu übergehen oder unzureichend und eilig abzuhandeln, die in aller Munde sind, wirkt nur schädlich und kann nicht im Interesse derjenigen liegen, die ernsthaft um das Entstehen und die Festigung einer neuen politischen Denkungsart in Deutschland bemüht sind. Glauben findet auf die Dauer nur, wer stets und überall, und nicht nur zeitweise und in bestimmten Fällen ganz offen sein kann.

m/-/1810/1/he

Von einem Erfahrenen Kenner russischer Verhältnisse und Strömungen erhielten wir folgende aufschlussreiche Zuschrift:

Stalin und die Weltrevolution

von Artur A. Just

In dem Fragebogen, den kürzlich der kluge und in Sowjetdingen besonders kundige Alexander Werth, Moskauer Korrespondent der "Sunday Times", Stalin vorlegen durfte, wird ganz zum Schluss ein Problem aufgeworfen und klipp und klar beantwortet, das im starken Echo der Weltpresse nicht die rechte Würdigung fand. Und doch handelt es sich dabei um die wahrhaft entscheidende Frage über das Verhältnis von "Ost und West".

Werths letzte Frage lautete: "Halten Sie den Kommunismus in einem Lande für möglich?", und Stalin antwortete: "Durchaus möglich!" Diese Antwort bestätigt nichts Anderes als dass Stalin dem "Stalinismus" treu geblieben ist. Die Frage führt zurück auf die dramatische Zeit der Auseinandersetzungen um das Erbe Lenins, die sich vor 20 Jahren in Moskau im Kampf zwischen Trotzkiismus und Stalins Generallinie verdeutlichten. Die marxistische Lehre des Kommunismus schliesst den Anspruch auf Weltgeltung unabdingbar ein. Sie wird zu einer Absurdität, wenn sie die "Weltrevolution" nicht mehr als Ziel auf ihre Fahne schreibt. Umstritten sind nur der Weg zu diesem Ziel und die Zeit zu seiner Bewältigung. Trotzki und seine Anhänger aus den Reihen der kosmopolitischen Kommunisten, zu denen die meisten der alten Garde um Lenin, soweit sie der revolutionären russischen Emigration angehört hatten, zu rechnen waren, glaubten der Idee des Kommunismus nur so dienen zu können, dass sie die Kräfte der Sowjetunion, des einzigen Landes, wo die soziale Revolution zu vollem Sieg gelangt war, überall dort rückhaltlos eingesetzt sehen wollten, wo irgendeine Aussicht bestand, einen revolutionären Funken zur Flamme anfachen zu können.

Diesen Kosmopoliten stand Stalin gegenüber, der zu Zeiten des Kampfes gegen die zaristische Polizei das Land nicht verlassen hatte und nicht durch die Schule der Heimatlosigkeit der Emigration gegangen war. Es vertrat die Lehre von der Möglichkeit des "Sozialismus in einem Lande", oben auf dem Territorium der sich zum Marxismus bekennenden Sowjetvölker, um dort den Beweis der Überlegenheit des Systems gegenüber dem ihn allseitig umgebenden kapitalistischen zu erbringen. Seine "Generallinie" schloss die Forderung einer weitestgehenden Autarkie auf wirtschaftlichem und kulturellem, eines dogmatischen Isolationismus auf politischem Gebiet ein. Namentlich aber verlangte sie die Konzentrierung aller Kräfte auf die Forderung von Rüstung und Sicherheit, um einer Bedrohung von aussen standhalten zu können. Die Existenz des Sowjetstaates, des Hüters der Flamme des Kommunismus und der Avantgarde der Weltrevolution durfte solange um keinen Preis aufs Spiel gesetzt werden, als ihr Sieg - und eine bedingungslose Kapitulation des Feindes - noch zweifelhaft sein konnte. Aus dieser Quelle erwuchs der Begriff des Sowjetpatriotismus, der zu einer der stärksten Kräfte des Widerstandes der Sowjetunion im letzten Weltkrieg wurde.

Nun also bekräftigt Stalin erneut: "Kommunismus in einem Lande ist durchaus möglich" und es wird deutlich, dass diese Feststellung

für die Kennzeichnung der Richtlinien der sowjetischen Staatspolitik noch mehr Gewicht hat, als die allgemein beruhigende Versicherung, dass es eine akute Kriegsgefahr nicht gebe. Zwischen Krieg und Frieden gibt es allerdings ebenso viele Zwischenstufen wie zwischen Hungern und Verhungern. Auch vor zwanzig Jahren schon bedeutete Stalins Generallinie eine Absage an das militante Revolvertum ideenbesessener Intellektueller. Der bis zum Zynismus nüchterne Staatsmann Stalin findet sich mit dem Nebenspieler der zwei Welten, der sowjetischen und der "kapitalistischen" und dem Wettbewerb beider, ja auch mit einer wohlkontrollierten und organisierten Zusammenarbeit ab.

Sicherlich aber bedeutet eine solche Feststellung gerade in seinem Munde keine Resignation und am wenigsten ein Zurückweichen, ein Aufgeben von Positionen, die im Gegenteil aus Gründen der Sicherheit und Selbsterhaltung entschieden verteidigt und ausgebaut werden. Sie bekräftigt zugleich das entschiedene Bekenntnis zum Dogma des Kommunismus. Die Welt sollte dem klugen Fragesteller Alexander Werth Dank wissen, dass er Stalin veranlassen konnte, eine so bedeutsame Erklärung abzugeben, die deshalb besonders überzeugend ist, weil sie so gut zum Bilde Stalins und seiner bisherigen Politik passt.

b/B9/289/1/he

Sozialistische Kommunalpolitik Eine Tagung der SPD

Die Gemeindewahlen und die Wahlen zu den Kreistagen haben der SPD vielfach eine sichere Mehrheit gebracht. Eine kommunalpolitische Arbeitstagung, die unmittelbar nach den Wahlen am 15. und 16. Oktober in Bad Gandersheim stattfand, stand völlig im Zeichen dieses Wahlerfolges. Sie war von Vertretern der Kommunalpolitik der SPD aus allen Teilen der drei Westzonen besucht. In mehreren Referaten und in einer gründlichen Aussprache wurde vor allem zu den praktischen Fragen der Selbstverwaltung Stellung genommen. Es war die Auffassung der Konferenz, daß so viele Aufgaben wie möglich den kommunalen Körperschaften und Entscheidungen übertragen werden sollten. Es müsse ein deutlicher Unterschied zwischen der Legislative und der Executive gemacht werden. Vor allem gehöre zur Selbstverwaltung das Gebiet der Wohlfahrt, alle Aufgaben der kulturellen Förderung und alle Maßnahmen, die zur Überwindung der unmittelbaren Folgen der Mißwirtschaft unter den Nazis erforderlich seien. Die Flüchtlingsfrage und der Wohnungsbau seien Aufgaben, die im sozialistischen Geiste zu lösen seien und die weder durch Almosen noch durch private Spekulation in Angriff genommen werden könnten.

In der Aussprache wurde besonders nachdrücklich darauf hingewiesen, daß es nötig sei, in der Bevölkerung das Bewußtsein der Verantwortung für die kommunalen Aufgaben zu wecken und auszubreiten. Die SPD wolle und müsse eine breite Schicht tüchtiger Kommunalpolitiker heranbilden, um durch jüngere Kräfte die großen Verluste zu ersetzen, die die Nazihererschaft den sozialistischen Kommunalpolitikern zugefügt habe.

Für die Erarbeitung von Grundsätzen und Richtlinien sozialdemokratischer Kommunalpolitik wurde beim Parteivorstand ein ständiger kommunalpolitischer Ausschuß gewählt, zu dessen Aufgaben auch die Auswertung der Erfahrungen in den verschiedenen Teilen des Reiches und die Vereinheitlichung der Tätigkeit aller Sozialdemokraten in den Selbstverwaltungskörperschaften gehört.

m/B3/1710/2/hs

Die Lösung der Deutschlandfrage

Ein Vorschlag von englischer Seite

In einem am 6. Oktober erschienenen Artikel von überdurchschnittlicher Bedeutung befasst sich der "Observer" mit den unterschiedlichen Auffassungen der Alliierten über die künftige Behandlung Deutschlands und mit der Frage der bestmöglichen Lösung dieses Problems. Der Aufsatz geht von den Feststellungen des amerikanischen Aussenminister Byrnes in Stuttgart und später in Paris aus, die auf eine grundsätzliche Neueinstellung der Besatzungsmächte hinausliefen. Die Hauptpunkte sind Schaffung einer demokratisch aufgebauten echten Bundesregierung, eines Friedensvertrages mit dieser Regierung, von Garantien für eine Entmilitarisierung und Entwaffnung Deutschlands auf mindestens eine Generation und wesentlich verkürzte Besatzungsfristen. Eine solche Konzeption bilde gewiss eine "Herausforderung an die drei anderen Besatzungsmächte", die alle dabei seien, sich in Deutschland häuslich einzurichten und eine langfristige Besatzungspolitik vorzubereiten". Ein solcher Plan werde sicherlich von Russland bekämpft werden, dürfte in Frankreich kaum populär sein und würde wahrscheinlich auch noch viele überlebende Kriegsauffassungen in England berletzen. Alles in allem dürfte er aber, so schreibt der "Observer", der einzige Weg aus einer schlechten, sich ständig verschlechternden und in der Perspektive äusserst gefährlichen Situation darstellen.

Das hochangesehene englische Blatt fährt dann fort: Lasst uns unsere Meinung frei zum Ausdruck bringen. Der Gedanke einer langfristigen Viermächtebesetzung und militärischen Regierung Deutschlands hat sich als Fehlschlag erwiesen. Er ist als Mittel der "Wiedererziehung der Deutschen" missglückt und hat sich dafür als Quelle eines sich immer steigernden interalliierten Konflikts und Verdachts erwiesen. Jetzt ist es noch Zeit, den Realitäten ins Auge zu blicken und einen gemeinsamen Plan für einen ordentlichen, gleichzeitigen und das Gesicht wahren den Abzug zu fassen, wobei gleichzeitig strenge Überwachung und Vorsichtsmaßnahmen gegen eine deutsche Wiederaufrüstung gewahrt werden können. Wird diese Zeit nicht ausgenützt, so wird die Vermächte-Besatzung Deutschlands weiterhin Spannungen und Befürchtungen hervorrufen und höchst wahrscheinlich die Ursache eines künftigen Krieges bilden.

Die Ansicht, dass die Besatzung für die Wiedererziehung notwendig oder mit ihr vereinbar sei, eine Ansicht, die einstens so weit verbreitet war, hat sich in der Praxis als ein schwerer Fehler erwiesen. Das Ziel des Wiedererziehungsprogramms bildete die Entwöhnung der Deutschen vom Militarismus und Nazismus und ihre Erziehung zur Demokratie und Friedensliebe. Aber ein tägliches Schauspiel militärischen Prunks und Privileges durch die vier feinsten Armeen der Welt stellt kein gutes Mittel zur Diskreditierung des Militarismus dar. Eine Militär-Regierung bildet keine gute Schule der Demokratie. Ein starker Nationalismus ist indessen bereits wieder neu geschaffen worden (da wir vergessen hatten, dass dies stets und überall die Reaktion auf fremde Besatzung gewesen ist). So finden wir an Stelle des illusionslosen und lebhaften

Wunsches nach Frieden, den wir im April 1945 in Deutschland antrafen, jetzt nach einjähriger Erfahrung der Vier-Mächte-Besetzung unter den Deutschen eine weitverbreitete Spekulation auf den "unvermeidlichen" interalliierten Krieg und die nationalen Vorteile, die daraus abgeleitet werden können. So viel über die Auswirkungen der Wiedernerziehung während der Besetzung.

Wie kann solcher Entwicklung Einhalt geboten werden? Theoretisch ergeben sich zwei Möglichkeiten: die eine lautet Aufteilung Deutschlands, die andere gemeinsamen Abzug. Die gegenwärtige Neigung scheint zur Teilung zu führen. Die verschiedenen wirtschaftlichen, sozialen und politischen Orientierungen der russischen und der westlichen Zonen, das Misslingen der Errichtung zentraler Verwaltungsstellen oder der Herstellung einer wirtschaftlichen Einheit in Deutschland, sowie die Verschmelzung der britischen und amerikanischen Zone, all dies scheint auf eine Aufteilung Deutschlands "genau durch die Mitte" hinzudeuten. Dies dürfte, obwohl schädlich, weniger schädlich sein als ein fortdauernder Wettstreit zwischen dem Osten und dem Westen um ganz Deutschland, in dem erschreckende explosive Möglichkeiten enthalten sind. Unglücklicherweise kann jedoch eine Teilung diesen Wettstreit nicht beenden. Die Trennungslinie ist zu willkürlich und wird niemals als endgültig angesehen werden. Und wenn die "deutsche Frage" ständig offen bleibt, und der deutsche Nationalismus dauernd auf die Wiedervereinigung hinarbeitet, wie könnten dann Russland und der Westen ihre argwöhnische Aufmerksamkeit, dass nicht der eine oder andere eventuell ganz Deutschland seinen eigenen Kraftquellen angliedert, vürmindern?

Auf diesem Weg liegt kein sicherer Friede. Wenn das Rennen zur Katastrophe gestoppt werden soll, so bleibt nur die andere Alternative: ein vereinter Verzicht auf den Versuch, Deutschland unter irgendeiner Formel zu erobern und zu annektieren, vereinter Abzug, ein Friede, der Deutschland zum neutralisierten, entmilitarisierten und unabhängigen Pufferstaat zwischen dem Osten und dem Westen macht und eine gemeinsame Bürgerschaft für diesen Status. Dies ist in grossen Zügen, würauf die neue amerikanische Aussenpolitik hinzielt." b/B10/1810/1/he

Kurze Meldungen

Der Landesverband Bayern der SPD hat zum 19. und 20. Oktober 46 nach Ingolstadt zu einer außerordentlichen Landeskonferenz eingeladen. Auf der Tagesordnung stehen Fragen der Tagespolitik, die Beratung der bayerischen Verfassung, der Parteistatuten und die Wahl des neuen Landesvorstandes. b/B15/310/2/hs

Der Bremer Senat erörterte die Frage, ob die Genfer Konvention die Beschlagnahme und Enteignung von Wohnungen und Hausrat gestatte, wie sie jetzt von den Besatzungsmächten in Deutschland in großem Umfange geübt werde. Es werden Rechtsgutachten bedeutender Völkerrechtslehrer eingeholt. Im Senat herrschte die Auffassung vor, daß diese Beschlagnahmen nicht zulässig seien. b/B8/1810/2/hs

Der Kreistag des Landkreises Darmstadt beauftragte die Kreisverwaltung mit den Vorbereitungen zur Übernahme wirtschaftlicher Unternehmungen von sozialer und gemeinnütziger Bedeutung, die von dem Gesetz zur Befreiung von Nationalsozialismus und Militarismus betroffen werden. b/B13/1610/2/hs